

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1995

I. Allgemeines

Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Westeuropäischen Union im ersten Halbjahr 1995 standen der Ausbau der operationellen Fähigkeiten der WEU, die Erarbeitung einer Studie zu den veränderten Bedingungen europäischer Sicherheit sowie die Fortsetzung der aktiven Beteiligung an Aktionen im ehemaligen Jugoslawien.

1. Das Treffen der WEU-Ministerrates in Lissabon am 15. Mai 1995, an dem erstmals Griechenland als Vollmitglied und die neuen EU-Mitglieder Österreich, Finnland und Schweden als Beobachter teilnahmen, ist mit seinen Beschlüssen zum Ausbau der operationellen Strukturen und Mechanismen der WEU eine weitere wichtige Etappe für die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen politisch-militärischen Krisenreaktionsfähigkeit. Dem Ständigen Rat als zentralem Führungs- und Entscheidungsgremium der WEU wird eine „politisch-militärische Gruppe“ als ständiges Beratungsgremium zur Beobachtung von Krisensituationen, zur Überwachung von WEU-Operationen und zur Behandlung laufender politisch-militärischer Angelegenheiten zugeordnet. U. a. wurde auch die Einrichtung eines Lagezentrums und einer in der Planungszelle angesiedelten Arbeitseinheit für die Auswertung nachrichtendienstlicher Informationen beschlossen. Von Bedeutung für die operative Weiterentwicklung für die WEU sind ferner die in Lissabon von den Teilnehmerstaaten Frankreich, Italien, Spanien und Portugal bekanntgegebene Aufstellung eines Landstreitkräfteverbandes (EUROFOR) und eines Aero-Maritimen Einsatzverbandes (EUROMARFOR), die der WEU als multinationale FAWEU für Operationen zur Verfügung gestellt werden sollen, die Verabschiedung eines Dokuments, wel-

ches die Grundsätze und Modalitäten von humanitären Einsätzen der WEU präzisiert, sowie der Beschluß, das in Torrejon (Spanien) bestehende WEU-Zentrum zur Auswertung von Satellitenbildern als ständige Einrichtung der WEU zu etablieren.

2. Der WEU-Ministerrat hatte bei seiner letzten Tagung im November 1994 den Ständigen Rat beauftragt, gemeinsam mit den assoziierten Partnerstaaten aus Mittel- und Osteuropa eine Analyse der veränderten Bedingungen europäischer Sicherheit zu erarbeiten und gemeinsame Antworten zu entwickeln. Die besondere Bedeutung der unter Beteiligung aller 27 WEU-Staaten erarbeiteten Studie liegt in der durch den Diskussionsprozeß bewirkten stärkeren Konvergenz der Einschätzung sicherheitspolitischer Risiken. Der erste analytische Teil der Studie wurde vom Ministerrat in Lissabon zur Kenntnis genommen. Bis zum nächsten Ministerrat im Herbst 1995 sollen in einem zweiten Teil gemeinsame Antworten auf die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen entwickelt werden.
3. Die Minister beauftragten den Ständigen Rat, bis zur nächsten Ministerratstagung im Herbst 1995 einen Bericht über den Beitrag der WEU zur Regierungskonferenz der Europäischen Union in 1996 vorzulegen.
4. WEU-Operationen im ehemaligen Jugoslawien
- a) Fortgeführt wurden die WEU-Operationen in der Adria (gemeinsam mit der NATO) und auf der Donau (gemeinsam mit den Donau-Anliegerstaaten Rumänien, Bulgarien und Ungarn) zur Überwachung und Durchsetzung des von den Vereinten Nationen verhängten Waffenembargos gegen das frühere Jugoslawien und der

Handelssanktionen gegen Serbien/Montenegro. Seit Beginn der Embargo-Kontrolle in der Adria am 22. November 1992 wurden bis zum 30. Juni 1995 über 52 000 Schiffe erfaßt bzw. abgefragt. Von diesen wurden über 4 000 kontrolliert und über 1 000 zur weiteren Kontrolle in italienische Häfen umgeleitet. Auf der Donau wurden seit Operationsbeginn im Juni 1993 mehr als 4 500 Schiffskonvois kontrolliert.

- b) Zur Unterstützung der EU-Administration von Mostar sind im Rahmen des WEU-Polizeikontingents inzwischen rd. 150 Polizisten nach Mostar entsandt worden. Zwischen der muslimischen und der kroatischen Seite konnte Einvernehmen über die Durchführung der ersten Phase der Schaffung einer einheitlichen Polizei für Mostar sowie deren Struktur erzielt werden. Die neuen WEU-Beobachter, die EU-Mitglieder Österreich, Finnland und Schweden werden sich personell an dem WEU-Polizeikontingent beteiligen.

II. Tätigkeit des Ständigen Rates und des Generalsekretariats

Als zentrales Beratungs-, Koordinierungs- und Entscheidungsgremium zwischen den Ministerräten konnte der Ständige Rat der WEU sein umfangreiches Arbeitspensum nur durch hohe Sitzungsfrequenz und Sondersitzungen bewältigen. Dabei konnte er sich auf das Generalsekretariat stützen, das die zahlreichen Sitzungen des Ständigen Rates und seiner Arbeitsgruppen vor- und nachbereitete. Das sich ständig erweiternde Arbeitsaufkommen ist insbesondere auf den Ausbau der operationellen Fähigkeiten der WEU, die WEU-Erweiterung sowie das aktive Engagement der WEU im ehemaligen Jugoslawien zurückzuführen.

III. Tätigkeit der Planungszelle

Die Haupttätigkeit der Planungszelle lag erneut im Bereich langfristiger Planungen und Studien. Die Planungszelle setzte ihre Arbeit an der Vervollständigung der Liste der der WEU zugeordneten Einheiten (FAWEU) fort und vertiefte ihre Studien zur generischen Planung. Ebenso entwickelte sie erste Grundsätze zur Aufstellung von Einheiten für WEU-Operationen. Im Bereich des Krisenmanagements setzte die Planungszelle insbesondere die Beobachtung von Krisenherden innerhalb und außerhalb Europas fort und leistete koordinierende Beiträge im Hinblick auf die WEU-Polizeikomponente in Mostar. Darüber hinaus trug die WEU-Planungszelle konzeptionell zur Umsetzung der von den Ministern mandatierten Errichtung einer nachrichtendienstlichen Sektion in der Planungszelle sowie eines WEU-Lagezentrums bei.

IV. Rüstungskontrollamt

Die Tätigkeit des Rüstungskontrollamts der WEU beschränkt sich schon seit Jahren auf zwei Besuche seines amtierenden Leiters bei je zwei deutschen Chemiefirmen pro Jahr. Diese Besuche dienen der Überwachung des 1954 von der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochenen einseitigen Verzichts

auf die Herstellung von Chemiewaffen. Im Hinblick auf das für 1996 erwartete Inkrafttreten des internationalen Chemiewaffenübereinkommens, das über ein wesentlich wirksameres Kontrollregime verfügt, hat der Ständige Rat beschlossen, die Tätigkeit des Rüstungskontrollamts mit der Pensionierung seines einzigen noch verbliebenen Mitarbeiters im Herbst 1995 zu suspendieren. Mit einem endgültigen Beschluß zur Auflösung des Rüstungskontrollamts ist nach Inkrafttreten des internationalen Chemiewaffen-Übereinkommens zu rechnen.

V. Institut für Sicherheitsstudien

Im Zuge seiner schrittweisen Entwicklung zu einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsakademie organisierte das Institut für Sicherheitsstudien verschiedene Seminare und Veranstaltungen, u. a. zu den Themen „Perspektiven einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik“, „Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Magreb-Staaten und Ägyptens“, „Rüstungsindustrien und -märkte in Europa“ sowie zur „Demokratischen Kontrolle des Militärs“. In Zusammenarbeit mit der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, hielt das Institut ein Treffen zu den sicherheitspolitischen Implikationen der veränderten Stellung des Militärs innerhalb Rußlands ab. Mitarbeiter des WEU-Instituts beteiligten sich an einer Reihe weiterer Seminare und Tagungen zu Sicherheitsfragen. Ferner erarbeitete das Institut zahlreiche Publikationen und Dokumente für den Ständigen Rat.

VI. Tätigkeit der Sonderarbeitsgruppe (SWG) und der Vertreter der Verteidigungsministerien (DRG)

Unter Teilnahme der assoziierten Partner erörterte die Sonderarbeitsgruppe (SWG) Grundfragen der vom WEU-Ministerrat in Noordwijk im November 1994 beschlossenen europäischen Sicherheitsanalyse.

Die Gruppe der Vertreter der Verteidigungsministerien (DRG) schloß die Arbeiten zu dem Grundsatzdokument zur Rolle der WEU bei Evakuierungsaktionen ab. Ebenso bereitete sie die Entscheidung des Rates zu humanitären Einsätzen der WEU vor. Ferner leitete sie dem Rat Grundsatzpapiere zu Planungsvorgaben für die Planungszelle sowie zu kurzfristig erforderlichen Maßnahmen zur nachrichtendienstlichen Unterstützung der Planungszelle zu.

VII. Treffen der Chefs der Führungsstäbe der Streitkräfte

Auf ihrem Frühjahrstreffen in Lissabon am 20. April 1995 befaßten sich die Chefs der Führungsstäbe der Streitkräfte (Generalstabschefs, Generalinspektoren) mit der Stärkung der Krisenmanagementstrukturen der WEU. Hierbei erörterten sie insbesondere die Einsetzung der politisch-militärischen Gruppe als einem institutionellen Kernstück der operationellen Entwicklung der WEU sowie das zukünftige Mandat der Gruppe der militärischen Delegierten. Erstmals nahmen an der Sitzung auch Vertreter Österreichs, Schwedens, Finnlands und Irlands teil.

VIII. Politisch-militärische Arbeitsgruppe

Die politisch-militärische Arbeitsgruppe erarbeitete weitere Rahmenbedingungen für die Nutzung kollektiver Ressourcen der NATO im Rahmen von WEU-Operationen (Combined Joint Task Forces – CJTF). Hierzu legte sie eine Übersicht von zur Durchführung von WEU-Operationen erforderlichen kollektiven Ressourcen der NATO sowie einen Modalitätenkatalog zu deren Überlassung vor. Darüber hinaus vertiefte die Gruppe ihre Arbeitsbeziehungen zu jenen Gruppen innerhalb der NATO, welche sich ebenfalls mit den Arbeiten am Konzept alliierter Streitkräftekommandos (CJTF) beschäftigen.

IX. Politisch-militärische Gruppe (neu)

In Umsetzung der Beschlüsse des WEU-Ministerrates von Lissabon nahm dieses neu eingerichtete Arbeitsgremium zur Behandlung laufender politisch-militärischer Angelegenheiten seine Arbeiten auf und wandte sich, in einem ersten Schritt, der Vertiefung operativer Aspekte von humanitären Einsätzen der WEU zu.

X. Gruppe der militärischen Delegierten

Die Gruppe wurde im Rahmen der Ministerentscheidungen von Lissabon zur operationellen Stärkung der WEU nunmehr institutionalisiert. Die Gruppe der militärischen Delegierten beriet u. a. zu Fragen der Beratung und Überwachung der Planungszelle sowie der Rotation dortiger nicht quotierter Dienstposten sowie zu der Fortentwicklung des Konzepts von der WEU zugeordneten Einheiten (FAWEU) zu Streitkräftegruppierungen. Im Hinblick auf die Ministerentscheidung zum Ausbau der Krisenmanagementstrukturen der WEU trugen die militärischen Delegierten in der WEU zu Fragen der Gestaltung der politisch-militärischen Gruppe als Schnittstelle zwischen Ständigem Rat und der Operationsleitung sowie zur Einrichtung des geplanten WEU-Lagezentrums bei. Die Gruppe erarbeitete ein Mandat zur Durchführung einer Studie über multinationale Aufgabenteilung für die Gruppe EURO-LONGTERM.

XI. Tätigkeit weiterer Arbeitsgruppen**a) Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit in Weltraum-Fragen“**

In Umsetzung eines Mandats des Ministerrates vom Frühjahr 1994 setzte die Arbeitsgruppe ihre Vorbereitung für eine Entscheidung über den Aufbau eines unabhängigen europäischen Satellitensystems fort. Entscheidungsvorschläge sollen auf Grundlage der Ergebnisse der Arbeit von zwei Unterarbeitsgruppen, die organisatorische und technische Aspekte eines unabhängigen europäischen Satellitensystems untersuchen, für den Ministerrat im Herbst 1995 vorgelegt werden.

b) Arbeitsgruppe „Mittelmeer“

Die Gruppe führte den Dialog mit den Magreb-Staaten Marokko, Algerien, Tunesien und Mauretanien sowie Ägypten fort. Der Dialog über sicherheitspolitische Themenstellungen und der Er-

fahrungsaustausch im Bereich friedenserhaltender Maßnahmen war von dem Bemühen der Dialogpartner geprägt, den Austausch auf eine breitere sicherheitspolitische Grundlage zu stellen. Auf Beschluß des Ständigen Rats wird künftig auch Israel in den Dialog einbezogen.

c) Aktivitäten der Westeuropäischen Rüstungsgruppe (WEAG) und der ehemaligen EUROGROUP

Im Rahmen der Westeuropäischen Rüstungsgruppe (WEAG, ehemals IEPG) wurden die Vorarbeiten zur Schaffung einer europäischen Rüstungsagentur fortgesetzt. Die auf deutschen Vorschlag eingerichtete informelle gemeinsame WEU/EU-Expertengruppe zur Untersuchung der Optionen für eine europäische Rüstungspolitik, die ihre Arbeit im Dezember 1994 aufnahm, hat inzwischen ihren Abschlußbericht vorgelegt, der nun in den zuständigen Arbeitsgremien von EU und WEU bzw. WEAG weiterbehandelt werden soll. Seit April 1995 arbeitet im Rahmen des WEAG Rüstungssekretariats eine Forschungszelle, die sich mit der Verwaltung des EUCLID-Forschungsprogramms (European Cooperation for the long term in defence) befaßt.

Die Arbeitsgruppe für Logistik (WELG) und die Gruppe für Langzeitplanung (EUROLONGTERM) haben ihre Arbeitsbeziehungen mit der WEU-Planungszelle ausgebaut und ihre Tätigkeit in den Bereichen Logistik und langfristige Streitkräfteplanung fortgesetzt.

Die Arbeitsgruppe für Fernmeldesysteme (EUROCOM) behandelte neben laufenden operativen Themen schwerpunktmäßig die Frage eines neuen WEU-Fernschreibnetzes, durch das in den kommenden Jahren das bisherige WEUCOM-Netz ersetzt werden soll.

Im Rahmen der Transatlantischen Öffentlichkeitsarbeit wurde unter Einsatz des traditionellen Instrumentariums (Europäisches Seminar, Washington Conference, Vortragsreisen in USA und Kanada) der spezifisch europäische Sicherheitsbeitrag im transatlantischen Verbund gegenüber nordamerikanischen Entscheidungsträgern und Multiplikatoren herausgestellt.

Nach Abschluß der Vorarbeiten durch den WEU-Sicherheitsausschuß konnte am 28. März 1995 das WEU-Geheimchutzabkommen unterzeichnet werden. Die Arbeiten an einem Geheimchutzabkommen zwischen der WEU und der NATO sowie der WEU und den assoziierten Mitgliedern, Beobachtern und assoziierten Partnern wurden fortgesetzt.

d) Arbeitsgruppe „Offener Himmel“

Die WEU-Mitgliedstaaten konnten im Berichtszeitraum ihre nationalen Implementierungsvorbereitungen des Vertrages über den Offenen Himmel weiter voranbringen. Die WEU-Mitgliedstaaten haben untereinander Testflüge durchgeführt. Das umgerüstete deutsche Beobachtungsflugzeug vom Typ Tupolew 154M kam erstmals bei Testflügen über Spanien und Portugal zum Einsatz. Im Hinblick auf die Ratifikation des Vertrages über den

Offenen Himmel hat die portugiesische WEU-Präsidentschaft Demarchen in Rußland, der Ukraine und Weißrußland durchgeführt und ihre Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die noch bestehenden Schwierigkeiten bald überwunden werden können.

XII. WEU-Versammlung

Die Frühjahrstagung der WEU-Versammlung vom 19. bis 22. Juni 1995 in Paris beriet über den künftigen Status der WEU im Hinblick auf die für 1996 vorgesehene Regierungskonferenz zum Vertrag über die Europäische Union sowie über umfassende Aspekte europäischer Sicherheit. Die Versammlung verabschiedete Empfehlungen zur Zukunft europäischer Sicherheit und zur Vorbereitung auf die Regierungskonferenz 1996, zu neuen Entwicklungen in der US-Außenpolitik und deren Auswirkungen auf die transatlantische Zusammenarbeit, zu Europa und der Errichtung einer weltweiten Friedensordnung, zur Situation im ehemaligen Jugoslawien, zur Rolle der Ukraine im europäischen Sicherheitskontext, zu der Errichtung europäischer Streitkräfte, der Sicher-

heitslage im östlichen Mittelmeerraum, der Entwicklung eines europäischen weltraumgestützten Erdbeobachtungssystems, den Beziehungen zur Baltischen Versammlung sowie zu Budget- und Haushaltsfragen.

Während des ersten Sitzungstags trug Bundesminister Dr. Klaus Kinkel zu den deutschen Überlegungen zur Zukunft der WEU im Vorfeld der Regierungskonferenz 1996 vor. Neben Bundesminister Kinkel sprachen vor der Versammlung WEU-Generalsekretär Cutileiro, die portugiesischen Minister Durao Barroso (Äußeres) und Figueiredo Lopes (Verteidigung) als Vertreter der portugiesischen WEU-Präsidentschaft sowie die Präsidenten Litauens und Mazedoniens, die türkische Premierministerin sowie die Verteidigungsminister Frankreichs und Griechenlands.

Als Beobachter nahmen an der Sitzung Parlamentarier aus Kroatien, Malta, Mazedonien, der russischen Föderation, Slowenien und der Ukraine teil. Der Abgeordnete Robert Antretter (SPD) wurde neben der griechischen Abgeordneten Papandreou (PASOK) zu einem der Vizepräsidenten der Versammlung gewählt.